

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 649

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich 1 Mk. 25, vierteljährlich 3 Mk. 75, halbjährlich 7 Mk. 25, jährlich 14 Mk. 50, einschließlich Postgebühren.  
Einzelposten 10 Pf. —  
Ergänzungsbeilage: 10 Pf. —  
Ergänzungsbeilage: 10 Pf. —  
Ergänzungsbeilage: 10 Pf. —

Morgen-Ausgabe  
Freitag, 20. Dezember

Anzeigenpreis: 10 Pf. —  
Reklamepreis: 1 Pf. —  
Reklamepreis: 1 Pf. —  
Reklamepreis: 1 Pf. —

# Wahltag am 19. Januar 1919

Berlin, 19. Dezember.

## Der Räte-Kongreß

In der heutigen Nachmittagsung der Reichskonferenz der A. und S.-Räte wurde der Antrag Cohen-Keuß, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stattfinden zu lassen, mit großer Mehrheit unter dem Beifall des Hauses und den Widerspruch der Minderheit angenommen.

## Note Marshall Sochs

Berlin, 19. Dezember.

Der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaan wurde am 18. Dezember von General Kubant folgende Note des Reichsalliierten Sachverständigen überreicht: „Die Deutsche Kommission legte heute der internationalen Kommission folgende Note vor: Die deutsche Kommission ist bereit, die in den von den alliierten Armeen besetzten Zone hineinzugehen, dort umherzuwandern und die in diesen Zonen liegenden Gebiete zu besetzen. Die deutschen Militärbehörden sind bereit, die in diesen Zonen liegenden Gebiete zu besetzen. Die deutschen Militärbehörden sind bereit, die in diesen Zonen liegenden Gebiete zu besetzen.“

## Heimatschutz für Polen überflüssig!

Die Ansicht „preußischer“ Minister  
Berlin, 19. Dezember.

Am 18. Dezember fand in Polen eine Besprechung der Minister Giech und Cenik, des Unterstaatssekretärs von Gierach und verschiedener Kommissare der Zentralbehörden mit den Spitzen der polnischen Militärbehörden sowie den Vertretern des polnischen und der deutschen Volkstages. Nach eingehender Erörterung des Grenzschutzes präzisierter Minister Giech die Stellungnahme der Regierung wie folgt: „Die Regierung hält einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Polen nicht für nötig. Dagegen ist der Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Übernahme des Offiziers und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz ist von den holländischen Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Ansonsten besteht kein Bedarf an Soldatenräten.“

Ueber den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung in der Provinz Polen sind die Verhandlungen im ganzen ein befriedigendes Bild. Die von polnischer Seite geforderte Einrichtung polnischer Kontrollen bei den Regierungsstellen in Polen, Westpreußen usw. wurde von den Vertretern der Regierung mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Behörden ja schon durch die Vertreter der A. und S.-Räte kontrolliert würden.

## Verkehrssperre und Nationalversammlung

In der Vollziehung der Internationalen Waffenstillstandskommission in Spaan am 18. Dezember fanden eingehende Erörterungen über die Bestimmungen der Verkehrssperre zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland. Die deutsche Kommission ist bereit, die in diesen Zonen liegenden Gebiete zu besetzen. Die deutschen Militärbehörden sind bereit, die in diesen Zonen liegenden Gebiete zu besetzen.“

Berlin zu entsenden, damit sie sich von der Durchführung des Vertrages überzeugen könnten. General Kubant erwiderte, daß dieser Vorstoß ein Beweis für den guten Willen angehöre, den die deutschen Behörden in dieser Angelegenheit zeigen wollten. Nach seiner Ansicht laute aber die Hauptfrage: Wie gestaltet sich die praktische Seite der Ausführung und Lieferung? Was diese anbelangt, so seien französischerseits alle Maßnahmen getroffen, um eine Wiederkehr unangenehmer Zwischenfälle zu vermeiden. Zum Schluß überreichte Kubant mehrere Entschuldigungen betreffend die Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten, insbesondere in dem rechtsrheinischen Gebiet zwischen Koblenz und Mainz, und über die Zulassung und Rückkehr rechtsrheinischer Deutscher. Der Reichsalliierten Sachverständigen bemerkt, daß das Hebergesetz des Reiches bei Düsseldorf und Duisburg für diejenigen, die sich an ihre Arbeitsstätten begeben wollen, auf Grund eines Ausweises oder eines von belgischen Militärbehörden abgetrennten Arbeitsbuchs gestattet sei.

## Aufhebung der A.- und S.-Räte im besetzten Gebiet

Berlin, 19. Dezember.

Der Regierungsräsident in Köln hat heute auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Verfügung an die Behörden des von der britischen Armee besetzten Gebietes ergehen lassen:

„Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß sich in dem von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebieten die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf die staatlichen und kommunalen Behörden, sowie der Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Darnach haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre gesamte hierauf bezügliche Tätigkeit unverzüglich einzustellen und sich auch der Benutzung staatlicher und kommunaler Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Ich erwarte ergebene, dies befolgt den Arbeiter- und Soldatenräte bekannt zu geben und diejenigen Personen, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln, mit Haft zu machen. Die englischen Militärbehörden werden dann gegen dieselben einschreiten.“

## Beginnende Aufhebung der Räte

Braunschweig, 19. Dezember.

Die vom A. und S.-Rat herausgegebene Braunschweigische Sozialistische Landes-Korrespondenz schreibt in ihrer ersten Nummer: „Die Regierung des Landes Braunschweig wird auch nach den Landtagswahlen in den Händen des A. und S.-Rates bleiben. Der Landtag hat lediglich gesetzgebende Tätigkeit auszuüben. Diese gesetzgebende Tätigkeit des Landtages kann nur darin bestehen, die Ziele der Revolution durchzuführen und zu verwirklichen. Jeder Landtag, der dieser Aufgabe nicht gerecht werden würde, der sich anmaßen würde, darüber zu debattieren, so der Sozialismus durchgeführt werden soll, würde sich in Widerspruch gegen die Regierung des Landes. In diesem Falle würde nicht die Regierung abtreten, sondern der Landtag würde abtreten. Das Volkswahlrecht der Amner steht auf dem Standpunkte, daß alle der Landtag nicht verfassungsgemäß sein kann, und daß er nicht über die Regierung des Landes bestimmen kann, sondern daß er lediglich ein Organ der bestehenden Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution sei.“

## Rückkehr des Fürsten Lwow

London, 19. Dezember. Reuters.

„Daily Chronicle“ meldet, daß Fürst Lwow, der 1917 nach dem Ausbruch der russischen Revolution Ministerpräsident war, aus Amerika in England einetroffen ist. Er beabsichtigt, auch nach Paris zu gehen. Das Ziel seiner Reise ist, die Differenzen über die tatsächlichen Verhältnisse in Rußland aufzuklären und für die Bildung einer neuen allrussischen Regierung zu wirken.

## Die Nationalversammlung

(Cohen fortsetzend): Die Arbeiter- und Soldatenräte stellen nicht den Willen des ganzen Volkes dar. Wir müssen und sollen die Revolution zu einer großen Volksbewegung zu degradieren. (Zurück!) Viele Unternehmer stellen ihre Betriebe den Arbeitern zur Verfügung. Die Arbeiter werden aber nicht davon haben, denn sie können die Betriebe nicht unterhalten. Auch die Separationbewegung im Süden (Linsicht) und im Westen könne nur durch die Nationalversammlung übernommen werden und durch die Beilegung der Disorganisations. Ohne die Volksgewalten der Arbeiter können wir uns das Deutsche Reich nicht mehr vorstellen (Leibster, Beifall). Experimente können mit uns jetzt nicht leisten. Wir sind eine logisch-mechanische Maschine und können, so müssen die Wahlen so schnell wie möglich kommen. Wenn wir Sozialisten und Kommunisten, dann können wir alle Bürgerlichen bezwingen. Vor allen Dingen müssen wir einen belagerten Ort und wirlichen Frieden bekommen. Die Grenze geht nicht herum, mit einem unorganisierten Deutschland Frieden zu schließen. Mit einer Revolution bei irgend einem Volk der Entente ist nicht zu rechnen. Wir Sozialdemokraten müssen uns endlich einmal auf das entscheidende Bogen setzen, das unsere eigene, freie, politische Bewusstheit durch bolschewistische Verlogenheit (Lwow) und die Arbeiter wird. Die A. und S.-Räte müssen der Nationalversammlung Platz machen. Um Interesse unserer Sache, das wir alle als Helfer Sache finden und dem wir in seiner höchsten Not um so lehrer die Kräfte haben wollen, bitte ich Sie in Ihrer großen Weisheit, meinen Antrag zuzustimmen. Die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung finden am 19. Januar statt. (Beifall.)

Es sind außerdem mehrere Anträge eingebracht worden, die die Nationalversammlung am 19. März, Übertragung der besetzten Gebiete und Volksgewalt an die A. und S.-Räte, Wählverfahren für die Arbeiter, Einführung eines Zentralrates.

Vorhinber sei zuerst ein Schreiben des Volksgewaltens beizubringen, in dem mitgeteilt wird, daß die Nationalversammlung am 19. März, Übertragung der besetzten Gebiete und Volksgewalt an die A. und S.-Räte, Wählverfahren für die Arbeiter, Einführung eines Zentralrates.

„Dämmig, Gegenpartei: Rückständigkeit ist hier noch in sehr starkem Maße vorhanden. Kein Parlament der Welt hat so viel haubdene Aufgaben als dieses erste Volksparlament. Die Nationalversammlung ist das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Ohne die Nationalversammlung hat nicht den Willen und die Kraft, den Sozialismus durchzuführen werden zu lassen. Das Maßelchem wird trotzdem kommen.“

„Sozial (Wahlverfahren): Die von Wählern weiter hinausgehenden, so treiben wir die Arbeiterschaft ins Lager unserer natürlichen Feinde.“

„Gedert (Unabhäng. Soc.): Das Maßelchem muß kommen, auch wenn Sie die Nationalversammlung beschließen.“

„Linsicht (Sozialdemokrat): Ohne die Nationalversammlung, die allein den Volksgewaltens darstellt, gibt es keine Rettung mehr.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Das Maßelchem hat die politische Gewalt noch nicht in Händen.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir Frieden, Brot, Arbeit, Freiheit und Recht brauchen.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Die Nationalversammlung hat die politische Gewalt noch nicht in Händen.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Die Nationalversammlung hat die politische Gewalt noch nicht in Händen.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Die Nationalversammlung hat die politische Gewalt noch nicht in Händen.“

„Linsicht (Unabhäng. Soc.): Die Nationalversammlung hat die politische Gewalt noch nicht in Händen.“



Ginzu der 75er
Besatzung nachmittag in der vierten Stunde sind endlich Teile des Infanterie-Regiments Nr. 75 eingetroffen...

auf dem Gebiet der äußeren Politik als Warnung dienen läßt, sich auf sich selbst besinnen und vor allem auch der deutschen Landwirtschaf die wichtige Aufgabe der Lebensmittelherzeugung nicht unnötig erschweren...

Gelsen kann und nicht nur folgendes:
1. Sofortige Befreiung aller neugebildeten Stellen, welche die Bevölkerung betreuen und durch ihre Vielgestaltigkeit...

Das Gebot der Stunde

Ist der enge Zusammenschluß aller Männer und Frauen, die auf dem deutschen Boden stehen und deren Dankschuldung auf christlich-religiösen Grundes ruht, die für eine Staatsleitung eintreten, welche von der Gesamtheit der Bevölkerung, nicht aber von einer gewählten Klasse, bestimmt wird...

große Ausbreitung

muß jedem Mitglied eine ernste Angelegenheit sein. Je stärker diese Partei wird, desto größer wird die Zahl der Abgeordneten sein, welche in der Nationalversammlung deutsches Wesen, deutsche Art und nationale Kultur als Gegenpol gegen Internationalismus und Kommunismus verkörpern werden...

Halle'sche Zeitung

Sie ist auch das geliebte Band zwischen allen bewußt deutschnationalen Frauen und Männern und der Mittelpunkt, um den sie sich zum Kampfe gegen Internationalismus und Bolschewismus scharen. Keine persönliche Werbung für ein Parteiprogramm vermag, das demnach eine Zeitung, die in täglichem Wiederkehr aufklärend und mahnend wirkt...

Die „Halle'sche Zeitung“ kostet in Halle und Vororten frei Haus monatlich Mlk. 1.25, für das Vierteljahr Mlk. 3.75. Durch die Post bezogen ab 1. Januar 1919 für das Vierteljahr Mlk. 4.20.

- 1. Sicherung der Ernährungswirtschaft durch strenge Verbindung unbedingter Eingriffe in die geordnete Verwaltung...
2. Sicherung der Ernährungswirtschaft durch strenge Verbindung unbedingter Eingriffe in die geordnete Verwaltung...
3. Sicherung der Ernährungswirtschaft durch strenge Verbindung unbedingter Eingriffe in die geordnete Verwaltung...

ausstehen dürfte, ergibt sich ohne weiteres aus der kurzen Bestimmung des § 9 des Allgemeinen Strafrechtsgesetzes, wonach ein Deutscher einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Befreiung nicht überantwortet werden darf, ein Grundgesetz, das geltend im Reichsbereich entspricht...

Es ist daher zu prüfen, ob das geltende Strafrecht Bestimmungen enthält, nach denen die Entschleunigung eines Arrestes und die Übernahme der von der Entschleunigung betroffenen Straftatbestände...

Diese Ermahnungen köstlichen eine strafrechtliche Untersuchung aus, hindern aber nicht an der Errichtung einer Sonderbehörde, wie z. B. eines Staatsgerichtshofes, dessen Mitglieder aus besten Juristen aus dem Reichsbereich ernannt werden könnten...

Sollte der weitere Verlauf von der niederrheinischen Regierung über die belgische Grenze ausgesetzt werden, so wären auch die Gerichte der Entente nach dem internationalen allgemeinen anerkannten Grundsatz des Territorialprinzips...

Videant consules!

Angesichts der völligen inneren Verfassung und der Hungersnot, die dem deutschen Volke nach dem eben Gesagten die demütigenden Zusammenbruch unserer Außenpolitik drohen, ist es von Wert, die Stellung der Landwirtschaft kennen zu lernen...

Die ökonomischen und sozialen Maßnahmen und deren Ziele in landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf eigene Faust, die Polen unterliegen unsere Zukunft aus dem wichtigsten Naturerzeugnis des Ostens, während die Androhung der Enteignung der Bodenprodukte, der Vergeßlichkeit der Güter...

Weder Soldat! Weder Arbeiter!

„Soldaten oder Staatsrentner?“
Was auch die Hände dem sogenannten deutschen Militarismus nachgeben haben, den deutschen Soldaten haben sie doch letzten Endes stets mit neidlichem Auge gemerkt...

Das die Verhältnisse auch ansonsten zu ähnlichen Betrachtungen Anlaß geben, beweist ein Aufsatz im „Mitt. Wochenblatt“, in dem es u. a. heißt: „Die Tatsache, daß die Soldaten in den Einheiten an jeder Jahreszeit von hunderttausenden Soldaten gefolgt werden, beweist, daß die Soldaten nicht nur die besten, sondern auch die besten Arbeiter sind...“

Das die Verhältnisse auch ansonsten zu ähnlichen Betrachtungen Anlaß geben, beweist ein Aufsatz im „Mitt. Wochenblatt“, in dem es u. a. heißt: „Die Tatsache, daß die Soldaten in den Einheiten an jeder Jahreszeit von hunderttausenden Soldaten gefolgt werden, beweist, daß die Soldaten nicht nur die besten, sondern auch die besten Arbeiter sind...“

